Preußische Gesetzsammlung

1933	ausgegeben zu Berlin, den 15. April 1933
30. 3. 33. Bo bor Hinweis auf	Inhalt: erordnung zur Regelung des im § 45 der Berordnung zur Bereinfachung und Berbilligung der Berwaltung erordnung zur Anderung der Berordnung der Lami 1930 zur Durchführung des Gaststättengeseises n 28. April 1930 nicht in der Gesetziammlung veröffentlichte Polizeiverordnungen Breußilcher Minister jung der nach dem Gesetz vom 10. April 1872 durch die Regierungsamtsblätter veröffentlichten Erlasse, unden usw.
Art Control of the Co	The state of the s

Berordnung gur Regelung bes im § 45 ber Berordnung jur Bereinfachung und Ber-(Nr. 13867.) billigung der Bermaltung vorgesehenen Berteilungsverfahrens (Berteilungsverordnung). Bom 30. Märg 1933.

Auf Grund des § 45 206j. 3 der Berordnung zur Vereinfachung und Berbilligung der Berwaltung vom 3. September 1932 (Gesetzsamml. S. 283, 295) wird folgendes verordnet:

A. Zwed des Berteilungsverfahrens.

Das Verteilungsverfahren ist ein behördlich geleitetes Verfahren, das unter Aufrechterhaltung des geordneten Ganges der Verwaltung und der Verforgung der Bevölkerung die Befriedigung der Gläubiger aus Geldforderungen an Gemeinden und Gemeindeverbände durch Aussonderung und Berwendung gemeindlicher Einnahmen und Vermögenswerte zu fördern bestimmt ift.

B. Antrag der Auffichtsbehörde.

- (1) Über die Einleitung eines Verteilungsversahrens beschließt die Beschlußbehörde auf Antrag der Aufsichtsbehörde.
- (2) Die Aufsichtsbehörde stellt den Antrag nach 206f. 1 auf Grund pflichtmäßigen Ermessens von Amts wegen.
- (3) Der Antrag nach Abj. 1 darf von der Auffichtsbehörde nur gestellt werden, wenn die Einleitung des Verteilungsverfahrens zur gleichmäßigen Befriedigung mehrerer Gläubiger erforderlich ift.

(1) Bur Durchführung des Berteilungsberf. Bus ordnet die Beschlugbehörde die Ginsepung Die Aufsichtsbehörde hat vor Stellung des Antrags nach § 2 Abs. 1 den Vorstand der Gemeinde (bes Gemeindeberbandes) zu hören. Ansichalen billing vol nod drien rednöcker 2 voll (2) (a) Der Treuhander hat für eine planmällig Tilgung der gemeindlichen Verbindlichfeiten

- (1) Die Aufsichtsbehörde hat bei Stellung des Antrags nach § 2 Abs. 1 der Beschlußbehörde unter fummarischer Angabe der Aufenstände ein Berzeichnis der Schulden der Gemeinde (des Gemeindeverbandes) und der Gläubiger sowie eine Ubersicht des Vermögensstandes der Gemeinde (des Gemeindeberbandes) einzureichen.
- (2) Gläubiger, deren Forderungen der Schuldner bestreitet, sind unter Angabe dieser Tatsachen aufzuführen. Bei allen Gläubigern ift ihre Anschrift anzugeben. Wohnt ein Gläubiger im Ausland oder ist fein Wohnort unbekannt, jedoch ein im Inland wohnender, zur Empfangnahme von Willenserklärungen befugter Bertreter bekannt, so ist auch dessen Anschrift anzugeben.
- (3) In der Ubersicht des Bermögensstandes müssen die Vermögensgegenstände (Aftiba) und Berbindlichkeiten (Passiva) unter Angabe ihres Betrags oder Wertes aufgeführt und einander

(Bierzehnter Tag nach Ablauf bes Ausgabetags: 29. April 1983.) Gesetsfammlung 1983. (Nr. 13867—13868.)

bes Goffpättengesetzes

gegenübergestellt werden. Die Ubersicht muß die Zugehörigkeit der Vermögensgegenstände zu den verschiedenen Arten von Gemeindevermögen (Bewwaltungs-, Finang-, Werks- und Gemeindegliedervermögen) erkennen lassen. Bei allen Aktiven und Passiven sind etwaige Nebenrechte, ins= besondere zur Sicherung übertragenes Eigentum, Hypotheten, Pfandrechte und Bürgschaften sowie Ansprüche aus zur Deckung erhaltenen oder begebenen Wechseln zu bezeichnen. Uneinbringliche ober zweifelhafte Aktiva sind als solche kenntlich zu machen.

(4) Die Gemeinden und Gemeindeverbände sind auf Anfordern der Aufsichtsbehörde verpflichtet, dieser ein Gläubiger- und Schuldnerverzeichnis einzureichen.

C. Enticheibung ber Beichlugbehörbe.

Dinweis auf nicht in der Gefehlemmking veröstemlichte Polizierundem Penglicher Minister . Betanntungdung der nach dem Gefehe vom 10. auch 118: Erch die Regierungsonnisblätter verössentichten Erlasse, Die Beschlußbehörde prüft auf Grund der dem Antrage beigefügten Unterlagen, ob die Einleitung eines Berteilungsversahrens zur gleichmäßigen Befriedigung mehrerer Gläubiger erforderlich ist. gegelnige des fün ged der Werorden zur genendrorde

billigung ber Bermaltung vorgefele. 8 recteilungsbersahrens (Berteilungsbergebnung).

Liegen die Boraussekungen für die Einleitung des Verteilungsverfahrens nicht vor, so hat die Beschlußbehörde den Antrag der Aufsichtsbehörde durch Beschluß zurückzuweisen. Der Beschluß waltung vom 3. September 1982 (Gesenfammt. E. 288, 296) wird solgenschaften ur nedmured tim thi

- § 7. (1) Liegen die Voraussehungen für die Einleitung eines Verteilungsverfahrens vor, so eröffnet die Beschlußbehörde durch Beschluß das Verteilungsverfahren. Nach Eröffnung des Ver= teilungsverfahrens ist die Leistung anderer als der im § 14 Abs. 2 und § 15 bezeichneten Zahlungen durch die Gemeinde (den Gemeindeverband) unzulässig.
- (2) Die Beschlußbehörde kann gleichzeitig der Gemeinde (dem Gemeindeverbande) die Berfügung über einzelne Vermögensgegenftände berbieten. Das Verbot ist im Regierungsamtsblatt bekannt zu machen. Es hat die Wirkung, daß Verfügungen, welche die Gemeinde (der Gemeindeverband) nach dem Erlaß über solche Bermögensgegenstände trifft, den am Verteilungsverfahren beteiligten Gläubigern gegenüber unwirksam sind.
- (8) Betrifft das Verfügungsverbot Grundstüde, Rechte an Grundstüden oder ein Recht an einem solchen Rechte, so kann die Beschlußbehörde das Grundbuchamt um Eintragung des Verfügungsverbots in das Grundbuch ersuchen. I das gartals use tilen sendenstationer

D. Durchführung bes Verteilungsberfahrens.

- (1) Bur Durchführung bes Berteilungsverfahrens ordnet die Beschlufbehörde die Einsetzung eines Treuhänders an. t. 300 E gintrags trach & 2 206. t. a. arschnäften Tenis
 - (2) Der Treuhänder wird von der Auffichtsbehörde ernannt. (Codnodiocodnisms & Sod) odnism
- (8) Der Treuhänder hat für eine planmäßige Tilgung der gemeindlichen Verbindlichkeiten zu forgen; er soll hierbei nach Möglichkeit auf eine Bereinbarung hinwirken.
- (4) Der Treuhänder ist befugt, alle zur Durchführung seiner Aufgabe erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Er kann die erforderlichen Beschlüffe an Stelle ber gemeindlichen Organe faffen und die zur Durchführung diefer Beschlüffe erforderlichen Magnahmen an Stelle des Gemeindevorstandes treffen. Er soll von dem Grundsatze gleichmäßiger Befriedigung nach Diöglichkeit nur bei Kleinbeträgen ober in besonderen Ausnahmefällen abweichen.
- (6) Die burch die Tätigkeit des Treuhanders entstehenden Kosten trägt die Gemeinde (ber Gemeindeverband).
- (6) Die Aufsichtsbehörde für den Treuhänder ist die Aufsichtsbehörde der Gemeinde (des Gederbindlichkeiten (Bassiva) unter Angabe ibres Betrogs oder Wertes aufgesting. (&schnodrschein

and aus paundared und 3 . del E. Aufgebotsverfahren, almade abildulemen (2)

8 9

- (1) Nach Eröffnung bes Berteilungsversahrens hat der Treuhänder die Gläubiger der Gemeinde (des Gemeindeverbandes), deren Forderungen auf Geldleiftungen gerichtet sind, aufzusordern, binnen einer von ihm zu bestimmenden Frist ihre Forderungen an die Gemeinde (den Gemeindeverband) unter Angabe des Gegenstandes und Grundes bei der Beschlußbehörde anzumelden. In der Aufforderung ist der auß § 11 Abs. 1 ersichtliche Rechtsnachteil anzudrohen. Der Anmeldung sind die zum Beweis der Forderung dienenden Unterlagen beizusügen, soweit sie sich nicht bereits dei dem von der Aufsichtsbehörde eingereichten Antrage besinden. Urfundliche Beweisstücke sind in Urschrift oder in Abschrift beizusügen. Die Anmeldungsfrist beträgt mindestens einen Monat.
- (2) Die Beschlußbehörde kann bestimmen, daß von einem Ausgebotsversahren abgesehen wird, wenn die Gemeinde (der Gemeindeverband) nicht imstande ist, die im § 14 Whs. 2 bezeichneten Ausgaben aus ordentlichen Einnahmen zu bestreiten, oder die verwertbaren gemeindlichen Vermögensgegenstände, Erträgnisse aus wirtschaftlichen Betrieben und steuerlichen Einnahmen in keinem angemessenen Verhältnisse zu den von den Gläubigern geltend gemachten Forderungen stehen.

t. die Linsgaben der öffemlichen Feliefe.01 ginsbosendere filr Abehlfahrtsenberbelofe.

- (1) Das Aufgebot ist im Regierungsamtsblatt und im Reichs- und Staatsanzeiger zu veröffentlichen. Maßgebend ist die Veröffentlichung im Regierungsamtsblatt. Die Veröffentlichung
 gilt als bewirft mit dem Ablaufe des zweiten Tages nach der Ausgabe des die Einrückung enthaltenden Blattes. Die Beschlußbehörde kann nach Bedarf weitere Bekanntmachungen anordnen.
- (2) Der Treuhänder soll den ihm bekanntgewordenen Gläubigern der Gemeinde (des Gemeindeberbandes) das Aufgebot mitteilen.

3. Löhne den Rechelöhne der Arbeiter (.11 § 1. der Berlicherungsbei

- (1) Gläubiger, die innerhalb der Frist (§ 9 Abs. 1 Satz 1 und 5) ihre Forderungen, soweit sie auf Geld gerichtet sind, bei der Beschlußbehörde nicht anmelden, sind von der Besciedigung in dem Berteilungsversahren ausgeschlossen.
- (8) Die anderweite Geltendmachung der nicht rechtzeitig angemeldeten Forderungen sowie der im Verteilungsversahren nicht befriedigten Restforderungen bleibt den Gläubigern vorbehalten.

F. Gläubigerausschuß.

\$ 12.

- (1) Die Beschlußbehörde bestellt einen Gläubigerausschuß. Er ist bei der Durchführung des Verteilungsversahrens, insbesondere bezüglich der Einbeziehung von Erträgen aus wirtschaftlichen Betrieben und selbständigen Fonds der Gemeinden und Gemeindeverbände zu hören.
- (2) Die Mitglieder des Gläubigerausschusses haben Anspruch auf Ersat ihrer baren Auslagen. Diese Kosten trägt die Gemeinde (der Gemeindeverband).

G. Bon ber Berteilung ausgeschlossene Gegenstände.

§ 13.

- (1) Von einer Verteilung gemeindlicher Einnahmen und Vermögenswerte sind die laufenden und einmaligen überweisungen öffentlich=rechtlicher Körperschaften an Gemeinden und Gemeindeberbände ausgeschlossen, soweit durch Anrechnung auf sie öffentlich=rechtliche Zahlungsverpslich=tungen nach den von den Ministern des Innern und der Finanzen getroffenen Anordnungen abzudecken sind.
- (2) Von einer Verteilung ausgeschlossen sind zweckbestimmte Zuweisungen des Reichs und Staates und anderer öffentlich=rechtlicher Körperschaften.

(8) Gemeindliche Vermögensgegenstände, in die nach § 48 Abs. 3 der Verordnung zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung vom 3. September 1932 die Zwangsvollstreckung nicht zugelassen werden darf, sind von der Verteilung ausgeschlossen. Das gleiche gilt für Gegen= stände, die zur Erfüllung solcher Verbindlichkeiten erforderlich sind, die aus nicht auf Geldleistung gerichteten Verträgen erwachsen.

medemune scools H. Unzulässigteit der Verteilung. edoen verteilung.

- der Linforderinig ist der and g 11 216f. 1 er. 14 & Rechrenausteil anguaraben. Der Univeldung (1) Eine Verteilung ist nicht zulässig, soweit hierdurch der geordnete Gang der Verwaltung oder die Versorgung der Bevölkerung in der Gemeinde (dem Gemeindeverbande) voraussichtlich gefährdet wird. Der geordnete Gang der Verwaltung ist stets als gefährdet anzusehen, wenn die Gemeinde (der Gemeindeverband) nicht mehr imstande ist, die lebensnotwendigen Ausgaben aus ordentlichen Einnahmen zu bestreiten. Jedoch sollen gemeindliche Vermögensgegenstände, die für die Verwaltung der Gemeinde (des Gemeindeverbandes) oder für die Versorgung der Bevölkerung nicht unentbehrlich sind, zur Befriedigung der Gläubiger verwertet werden, sofern hierdurch nicht eine Verschleuberung wirtschaftlicher Werte eintreten würde.
 - (2) Als Tebensnotwendige Ausgaben sind anzusehen:
 - 1. die Ausgaben der öffentlichen Fürforge, insbesondere für Wohlfahrtserwerbslofe, Fürsorgearbeiter, Zusatzunterstützungsempfänger, Sozial- und Kleinrentner; sonstige notwendige Wohlfahrtsausgaben, insbesondere für Jugend- und Gesundheitsfürsorge, soweit sie auf rechtlicher Verpflichtung beruhen, sowie der Gemeindeanteil an der Krisenfürsorge;
- 2. Gehälter und Ruhegehälter an gemeindliche Beamte, Lehrer (einschließlich der Beiträge zur Landesmittelschulkasse und zur Landesschulkasse) und gemeindliche Angestellte (einschl. ber Versicherungsbeiträge) sowie Ruhegehaltsbassenbeiträge; in Betracht kommen nur diejenigen Stellenbezüge, die nach der Besoldungsordnung zu zahlen sind;
 - 3. Löhne und Ruhelöhne der Arbeiter (einschl. der Versicherungsbeiträge);
- 4. notwendigste Sachausgaben für Bürobedarf, Heizung, Beleuchtung, Reinigung, Porto usw. sowie diejenigen Ausgaben für Straßenzwecke und öffentliche Gebäude, welche für die Erhaltung des polizeimäßigen Zustandes unerläßlich sind; pand gendalischen Beiter
- 5. Leistungen öffentlich-rechtlicher Art an andere öffentlich-rechtliche Körperschaften, soweit es sich um laufende Beträge handelt oder um Beträge, die im letten Jahre vor der Einleitung des Berteilungsverfahrens fällig geworden find.

J. Borwegbefriedigung.

§ 15.

Vorweg zu befriedigen sind: die seit 1. April 1932 entstandenen und etwa noch entstehenden Forberungen des Staates auf Ablieferung eingehobener Staatssteuern, die Forderungen anderer öffentlich=rechtlicher Körperschaften auf Ablieferung der für ihre Rechnung eingehobenen Beträge sowie die lebensnotwendigen Ausgaben (§ 14 Abs. 2). (s) Die Mitglieder des Gläubigerausschuffes haben Anspruch auf Ersas ihrer baren Aus

K. Rechtsmittel. and sid mat new elect

\$ 16.

Gegen den die Eröffnung des Verteilungsverfahrens ablehnenden Beschluß der Beschlußbehörde steht binnen zwei Wochen der Aufsichtsbehörde, der Gemeinde (dem Gemeindeverbande), jedem Gläubiger und aus Gründen des öffentlichen Wohles unter Anwendung der Vorschriften des § 123 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung auch dem Vorsitzenden der Beschlußbehörde die Beschwerde an den Minister des Junern zu. India angenande and den Minister des Junern zu.

nagative from Bert Kinangen against from B.17. mg (1) Gegen die Maßnahmen des Treuhänders steht der Gemeinde (dem Gemeindeverband) und dem Gläubigerausschusse binnen zwei Wochen die Beschwerde an die Schiedsstelle zu, deren Entscheidung endgültig ist. Staates und anderer öffentlich-rechtlicher Rörperichaften.

- (2) Die Schiedsstelle besteht aus dem Beamten der Aufsichtsbehörde als Vorsitzendem und je einem von dem Gläubigerausschuß und von dem provinziellen Spipenverbande der Gemeinde (des 9 11 Gemeindeverbandes), im Falle der Beteiligung von Provinzen von dem Verbande der Preußischen 4.366 Brobinzen zu bestellenden Mitgliede. Des el eine er es von e bak it g esc
- (3) Der Vorsitzende der Schiedsstelle kann wegen der grundsätlichen Bedeutung des Falles die Beschwerde an den Minister des Innern zulassen. In diesem Falle finden die Vorschriften bes § 16 finngemäße Anwendung. In Appartit II Riffer 2 der Laconung vom 18. Juni 1930 (Ochesfammi, S. 117) toerden

nodusglof tindre & roffle ... Enften des Berfahrens. walault med tim, etrofel ere

Die Rosten des Berfahrens werden von der Beschlußbehörde festgesett. Gebühren werden nicht erhoben. Solche baren Auslagen des Verfahrens einschlieflich der Gebühren für Zeugen und Sachverständige, die durch Anträge und unbegründete Einwendungen erwachsen, werden demjenigen zur Laft gelegt, welcher den Antrag gestellt oder den Einwand erhoben hat.

M. Aufhebung des Berteilungsberfahrens.

\$ 19.

- (1) Nach Abschluß der Verteilung hebt die Beschlußbehörde das Verteilungsverfahren nach Anhörung des Gläubigerausschusses durch Beschluß auf. Die Vorschriften des § 10 dieser Verordnung finden sinngemäße Unwendung. Magnahmen der Beschlußbehörde gemäß § 7 Abs. 2 und 3 sind wiederaufzuheben. .nochen ertielennie graffing golfte edichedeinshie
- (2) Die Vorschriften des Abs. 1 finden sinngemäße Anwendung, wenn festgestellt wird, daß zur Befriedigung der Gläubiger berwertbare Vermögensgegenstände, Ginnahmen oder Erträgnisse nicht borhanden find. 39/100 annabellend sie attend soldsgeschäftige aus amend

N. Erneuter Antrag auf Einleitung eines Berteilungsverfahrens. regulususaid et asuniresudinas, regulo, remangle, red ale di l'exillé elle chiadidle me

- (1) Ein erneuter Antrag auf Einleitung eines Berteilungsverfahrens darf frühestens nach Ablauf eines halben Jahres nach Aufhebung des vorangegangenen Verteilungsverfahrens gestellt werden.
- (2) Die Beschlußbehörde kann einen erneuten Antrag auf Einleitung des Verteilungsverfahrens ablehnen, wenn sich nach ihrer überzeugung die Berhältnisse in der Zwischenzeit nicht so geändert haben, daß die Einleitung des Verteilungsverfahrens Erfolg verspricht.

O. Ausführung und Infrafttreten ber Berordnung.

Cap des erflen Ablancs der Zisser & erhält saksung: Der Minister des Innern ist befugt, die Vorschriften dieser Verordnung durchzuführen und die erforderlichen Ausführungsbestimmungen zu erlassen. General ma neganischen

Der gweite und dritte Absch der Bisser gegreben gestrichen. Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft; sie tritt nach Ablauf von drei Jahren außer Kraft. Diese Berordnung tritt am 1. Mai 1933 in Araft.

Berlin, den 30. März 1933.

Der Preußische Minister des Innern.

Der Kommissar des Reichs.

Göring.

(Rr. 13868.) Berordnung jur Anderung ber Berordnung bom 18. Juni 1930 (Gefetfamml. G. 117) gur Durchführung bes Gaftstättengesetes vom 28. April 1930 (Reichsgesethl. I G. 146). Vom 30. März 1933.

Auf Grund des § 17 Abs. 2, der §§ 18 und 19 des Gaststättengesetzes vom 28. April 1930 (Reichsgesethl. I S. 146) wird folgendes verordnet:

Im Abschnitt II Ziffer 2 der Berordnung vom 18. Juni 1930 (Gesetzfamml. S. 117) werden die Worte "mit dem Ausschanke von geistigen Getränken" gestrichen. Ziffer 2 erhält folgenden Bufat:

Diese sowie die übrigen gemäß § 19 des Gaststättengesetes anzuhörenden Stellen find im Genehmigungsversahren nur dann als Partei anzusehen, wenn sie ein Rechtsmittel einlegen, die Ortspolizeibehörde daneben auch dann, wenn sie gemäß Ziffer 1 Sat 2 das Verwaltungsstreitverfahren beantragt.

Im Abschnitt II der Verordnung vom 18. Juni 1930 (Gesetssamml. S. 117) erhält Ziffer 6 folgende Fassung:

> In den Fällen der §§ 12, 13 und des § 17 Abf. 1 Sat 1 des Gaftftättengesetzes ist die Ortspolizeibehörde zur Erhebung der Klage berechtigt und verpflichtet. Daneben kann das Verfahren auch von Amis wegen durch den Vorsitzenden der Erlaubnisbehörde erster Instanz eingeleitet werden. Gegen das Urteil bes Bezirks= ausschusses ist in diesen Fällen die Revision an das Oberverwaltungsgericht gegeben. In den übrigen Fällen entscheidet ber Bezirksausschuß endgültig, sofern nicht auf Grund des Gaftstättengesetes bereits die Entscheidung erfter Instanz endgültig ist.

§ 3. Im Abschnitt III Ziffer 1 ist in der Klammer hinter "Eintänzerinnen" hinzuzufügen "Bardamen" (1) Ein eeneuler Anfrag auf Einleitum 108 es Berleilinigsverfahrens

Im Abschnitt III erhält Ziffer 3 folgenden Zusat:

Bei der Anzeige einer Einstellung soll der Dienstwertrag beigefügt werden, sofern nicht ein Tarifvertrag Anwendung findet.

Im Abschnitt III Ziffer 9 ift hinter den Worten "weiblichen Arbeitnehmern" einzufügen "soweit sie sich nicht im geordneten Lehrverhältnis im Konditoreigewerbe befinden". Der lette Sat bes erften Absates der Ziffer 9 erhält folgende Fassung:

> Ebenso ist jede Beteiligung am Umsatz oder Gewinn berboten, soweit nicht Abweichungen auf Grund von Tarifverträgen zulässig find.

Der zweite und dritte Absatz der Ziffer 9 werden gestrichen.

Diele Berordnung tritt am Lage nach ib. die Berkindung in Kraft; sie tritt nach Ablant von

Diese Verordnung tritt am 1. Mai 1933 in Kraft.

Berlin, ben 30. März 1933.

Der Preußische Minister des Innern. Der Kommissar des Reichs.

Göring.

Hinweis auf nicht in der Gesetziammlung veröffentlichte Polizeiverordnungen Preußischer Minister

(§ 35 bes Polizeiverwaltungsgesehes vom 1. Juni 1931 — Gesehsammlung S. 77 —).

Im Amisblatt der Preußischen Regierung in Minden (1933 S. 19) ist eine Polizeiverordnung des Preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Kommissar des Reichs, und des Preußischen Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Kommissar des Reichs, vom 23. Dezember 1932 über das Naturschutzebiet Langenbergteich bei Sande im Kreise Paderborn verkündet und in Kraft getreten. Durch diese Polizeiverordnung ist die Polizeiverordnung der genannten Minister vom 21. September 1926 über das Naturschutzgebiet Langenbergteich dei Sande (KUBI. 1926 S. 154/65) ausgehoben worden.

Berlin, den 8. April 1933.

Breugisches Ministerium für Wissenschaft, Runft und Volksbilbung.

Befanntmachung.

Rach Borschrift des Gesetzes vom 10. April 1872 (Gesetzsamml. S. 857) sind bekanntgemacht:

1. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 25. Januar 1933 über die Ergänzung der Genehmigungsurkunde für die Stendal-Tangermünder Eisenbahn-Gesellschaft

burch das Amtsblatt der Regierung in Magdeburg Nr. 12 S. 67, ausgegeben am 25. März 1938;

2. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 18. Februar 1933 über die Genehmigung des Fünften Nachtrags zur Ostpreußischen Landschaftsordnung (Ausgabe 1929)

durch das Amtsblatt der Regierung in Königsberg Nr. 16 S. 96, ausgegeben am 25. März 1933;

3. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 13. März 1933 über die Berleihung des Enteignungsrechts an die Preußische Elektrizitäts-Aktiengesellschaft in Berlin für den Bau einer 60 000 VolksCinfachleitung zur übertragung elektrischer Energie zwischen dem Umspannwerke Berka i. H. und dem Kraftwerke bei der Odertalsberre

burch das Amtsblatt der Regierung in Hildesheim Nr. 12 S. 42, ausgegeben am 24. März 1988.

Herausgegeben vom Preußischen Staatsministerium. — Druck: Preußische Druckereis und Berlags-Aftiengesellschaft Berlin,
Verlag: R. von Decker's Verlag, G. Schenck, Berlin W.9, Linkstraße 35. (Postschecksonio Berlin 9059.)
Den laufenden Bezug der Preußischen Geschlammlung vermitteln nur die Postanstalten (Bezugspreis 1,— RW. vierteisährlich); einzelne Rummern und Jahrgänge (auch ältere) können unmittelbar vom Verlag und durch den Buchhandel bezogen werden. Breis für den achtseitigen Bogen ober den Bogenteil 20 Apf., bei größeren Bestellungen 10—40 v. H. Preisermäßigung.

Breuß. Weiesfammung 1933. Mr. 26, ausgegeben am 15. 4. 33.

Hinderste und nicht in der Gesetztungen veröffentlichte Polizeinerprinnugen

(§ 25 des Polizeiverwaltungsgelehes von 1. Juni 1931 — Geleklammlung E. 77 —).

In Ameblan der Pershiden Regierung in Alinden (1983 E. 18) ist eine Polizeiverchnung bes Preugigden Ministers für Wissenhaft, Lunk und Bolfsbilvung, Kommisser des Neichs, und des Preugischen Ministers für Andweitschaft, Domänen und forsten, Kommisser des Reichs, von 28. Des gember 1982 über das Naturichungsehier Langenbergteich dei Sande im Kreise Podervorn verfünden und in Kraft, gerreien. Durch diese Polizeiverundbung ist die Polizeiverundbung ist diese Sande (NRIS). 1926 C. 154/56) ausgeboden voorden.

CLESS I Triple 1.8 this ciphras Briefle

Preußisches Ministerium für Wissenschaft, Kunft und Boltsbildung

Oktomitmodium.

Rate Borfwill bes Defetes vom 10. April 1872 (Defectammil. & 857) find beformingemocht:

1. der Erlog des Preußilden Staatsministerlums vom 25. Nanuar 1933

über die Ergänzung der Genehmigungsurfunde für die Stendal-Tangermänder Cisendah-Gesellichalt

durch das Anteblart der Regierung in Magdeburg Nr. 12 S. 67, ausgegeben auf 25. März 1983;

2. ber Erlag bes Breufischen Staatsministerlums vom 18. Rebrung 1938

über die Tenehätigung des Fünsten Nachtrags zur Osprzußischen Laudschaftsordnung (Ausgabe 1929)

durch das Annsblait der Regierung in Königsberg Ir. 16 S. 98. ausgegeben am LT. Wärz 1933;

3. der Erlaß des Preußischen Staatsministerium's vom 18. Wärz 1933

über die Berleihung des Enteignungsrochts an die Breuhilche Elektrieltäts Aftiengesellichaft in Berlin für den Ban einer 60 000 Vollselinfachleitung zur ilbertragung elektrischer Energie zwischen dem Umspannwerke Berka i. H. und dem Krastwerke dei der Odertalssberre.

burch bas Amtöblatt der Regierung in Hildesheim Ar. 12 S. 42, ansgegeben am 24. Alärz 1933.

Compa in the Charlings on Twing on

er und beine Mitch ber Aller 9 meden aufmitte

and streeting on an area are are

Berlin, ben 30. Mary 1995

herausgegeben vom Preugischen Staatsministerium - Drud: Preugliche Drudereis und

Perlog: R. von Deder's Berlag, G. Schence, Berlin 28, 9, Linffitage 35. (Postfibedionto Berlin 2058.)

ängelne Kaneimern und Jahrgäuge rand lierer) Bonen unrelielbar von Berkag und durch bein Ruchhandel bezogen werden. Breis für den achtfelkigen Wegen oder den Wogeniah 80 Kpl., dei gedheren Bekküningen 10–40 u. D. Preikernähigung.